

4763 J

09. Juli 2008

**A N F R A G E**

**der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser und GenossInnen,  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend „Erhöhte Umsatzsteuer auf wissenschaftlich-elektronische  
Informationsmittel“**

Elektronische Informationsmedien haben in den letzten Jahren sehr stark an Bedeutung gewonnen. Insbesondere bei wissenschaftlichen Fachzeitschriften ist ein gewaltiger Umstellungsprozess vom gedruckten zum elektronischen Medium zu erkennen. Trotzdem gibt es in diesem Bereich noch viele Probleme, die für wissenschaftliche Bibliotheken und Informationseinrichtungen eine Erschwernis sind. So werden in Österreich auf gedruckte Medien 10%, auf elektronische Medien 20% an Umsatzsteuer eingehoben, wobei Österreich innerhalb der EU zu den Staaten mit den höchsten Umsatzsteuersätzen zählt. Diese Ungerechtigkeit ist irrational und aus steuerpolitischer sowie wissenschaftlicher Sicht nicht einzusehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

**Anfrage:**

1. Ist Ihnen der Umstand bekannt, dass auf gedruckte Medien 10%, auf elektronische Medien 20% an USt eingehoben werden?
2. Wenn ja: Was werden Sie als zuständiger Ressortleiter gegen diese Ungleichbehandlung unternehmen?
3. Wenn ja: In welchem Zeitraum wird das Bundesministerium für Finanzen diese Ungleichbehandlung beseitigen?
4. Gibt es steuerpolitische Gründe, warum diese unterschiedlichen Steuersätze auf gedruckte und elektronische Medien eingehoben werden?
5. Welche Mehreinnahmen (pro Jahr) erwachsen dem Bundesministerium für Finanzen durch die erhöhte USt auf elektronische Medien?
6. Werden diese Mehreinnahmen für Initiativen und Projekte im wissenschaftlichen Sektor verwendet?
7. Wenn ja: Welche Projekte wurden in den Jahren 2004 bis 2007 durch die Mehreinnahmen der USt auf elektronische Medien finanziell unterstützt?
8. Wenn nein: Was geschieht mit den Mehreinnahmen aufgrund der erhöhten USt auf elektronische Medien?

